



Student\*innenparlament der Universität Lüneburg  
Universitätsallee 1, 21335 Lüneburg, Gebäude 9

## **Student\*innenparlament der Universität Lüneburg**

14. Student\*innenparlament

Susan Mudallal  
Carl J. Niederste Frielinghaus

leuphana.de/stupa  
asta-lueneburg.de/stupa

Mail:  
stupa@leuphana.de

Facebook:  
facebook.com/stupalg

Instagram:  
@stupa\_lg

### **Antwortbrief an Wissenschaftsminister Thümler**

Sehr geehrter Herr Thümler,

als niedersächsische Student\*innen an der Universität Lüneburg erhielten wir am 15.05.2020 den von Ihnen an alle Student\*innen in Niedersachsen adressierten Brief zur Förderung von Student\*innen in pandemie-bedingten Notlagen.

Während wir grundsätzlich eine transparente Kommunikation hinsichtlich der Hilfen für Student\*innen und Hochschulen begrüßen, kommen wir leider nicht umhin, auch unserer Verwunderung und Kritik, ob einiger inhaltlicher Punkte des Schreibens hier kurz Ausdruck zu verleihen. Zunächst einmal schreiben Sie davon, dass die Rückmeldungen aus der LHK und den Hochschulen den Start in das digitale Semester als gelungen bezeichnen.

Leider lässt dies auch den mangelnden Austausch mit Studierendenvertretungen erkennen, deren Interessen wir in dieser Zeit häufig als übergangen empfinden. Zwar bedanken Sie sich später in Bezug auf die konstruktive Beteiligung und politische Beratungen bei den Studierenden und Studierendenvertretungen, dennoch wäre es dementsprechend konsequent, wenn Sie und Ihr Ministerium auf den Briefe der LandesASTenKonferenz und der studentischen Senator\*innen ( <https://www.lak-niedersachsen.de/2020/05/offener-brief-der-studentischen-senatorinnen-zur-durch-die-covid19-pandemie/> ) und Forderungen der Student\*innenverbände eingingen und antworteten.

Darunter fällt unter anderem die Forderung nach einer einheitlichen Nichtanrechnung des Semesters ([www.solidarsemester.de](http://www.solidarsemester.de) ) oder auch den Einbezug der Student\*innen

in die Wahl der Prüfungsformen. An unserer Universität hat der AStA eine Umfrage gestartet, in der 75% angaben, dass der Workload steige. Zudem haben 40% der Student\*innen in Deutschland ihren Job verloren, laut dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften.

Die psychische Situation der Student\*innen muss genauso miteinbezogen werden, vor allem mit Blick auf die Einschätzungen, dass das kommende Semester weiterhin online stattfinden wird. (<https://taz.de/Asta-Umfrage-an-der-Uni-Lueneburg!/5688803/>)

Darüber hinaus loben Sie die Unterstützung der Volkswagen Stiftung, die eine Summe von 8 Mio. Euro für die Digitalisierung der Hochschulen bereitstellt. Natürlich ist dies zunächst einmal eine gute Nachricht, deren Gehalt den Student\*innen hoffentlich möglichst direkt zugutekommt. Allerdings ist auch hier anzumerken, dass eine privatwirtschaftliche Finanzierung von hochschulpolitischen Belangen mit Blick auf die Unabhängigkeit der Wissenschaft stets kritisch abzuwägen ist. Hinzu kommt, dass es sich dabei um längst überfällige Investitionen handelt. Wir unterstützen die Digitalisierung der Hochschulen, doch in der momentanen Situation sollte zuerst die Lebensgrundlage der Student\*innen sichergestellt werden. Wären die notwendigen Investitionen zu gegebenem Zeitpunkt bereits erfolgt, müsste jetzt nicht zwischen einer qualitativen Fortführung der Lehre und der Existenzgrundlage von Student\*innen abgewogen werden.

In diesem Zusammenhang überrascht es uns, dass privatwirtschaftliche Investitionen für Hochschulen scheinbar als Soforthilfe verfügbar sind, während Hilfen für finanziell hart von der Pandemie betroffene Student\*innen nur schleppend und in Form von Krediten möglich sind. Die Lösung über die Nothilfe der Studentenwerke [sic!] lassen derzeit auf sich warten, hinzu kommt, dass der Bedarf dieser erst bei einem Kontostand von unter 500€ sichergestellt wird. Dies erachten wir als unangemessen. Die Priorisierung von Laptops und Zoom-Lizenzen über dem physischen und psychischen Wohlergehen der Studierenden lehnen wir dementsprechend ab. Ebenfalls in Bezug auf die finanzielle Situation von Studierenden weisen Sie darauf hin, ihre Parteikollegin Frau Karliczek von „weitgehenden Maßnahmen zugunsten notleidender Studierender“ überzeugt zu haben. Zunächst einmal darf bei den nur geringfügig zinsvergünstigten Krediten von der KfW sowie dem Nothilfefonds kaum von „weitgehenden Maßnahmen“ die Rede sein.

Für viele Student\*innen, gerade ausländische (für die die Regelung darüber hinaus erst ab dem 01.06. in Kraft trat), ist die Verschuldung noch vor dem Berufseinstieg schlicht keine Option. Bei denjenigen, denen im Moment keine andere Möglichkeit bleibt, droht dann in wenigen Jahren, wenn der Abschluss da, doch der Arbeitsmarkt weiterhin geschwächt ist, die Schuldenfalle zu zuschnappen. Die Kredite verschärfen somit die Prekarität sowie die psychische Belastung von notleidenden Student\*innen um ein Vielfaches. Dass Tätigkeiten, die sich zufällig in von der Pandemie besonders betroffenen Bereichen nicht aufs BAföG angerechnet werden, ist dabei ein schwacher Trost und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Selbiges gilt für die Verzögerungen im Studienablauf, die nicht zu Nachteilen bei der BAföG Förderung führen sollen. Eine einheitliche Regelung, wie zum Beispiel eine Verlängerung der Regelstudienzeit und eine Öffnung des BAföGs für alle Studierenden würde die Auswirkung der Pandemie auf alle Studierenden anerkennen und Nachteile bei

anderen Förderungen oder Zukunftschancen ausgleichen, die an ein Studium in Regelstudienzeit geknüpft sind. Auch der Nothilfefonds des Bundes wirft mehr Fragen auf als er beantwortet.

Schlussendlich sehen wir uns veranlasst, darauf hinzuweisen, dass es allen Studierenden möglich sein muss, dieses digital begonnene Semester auch in digitaler Form zu beenden.

Eine wie auch immer geartete Betroffenheit von der aktuellen Situation macht es vielen Studierenden unmöglich an Präsenzveranstaltungen oder Prüfungen teilzunehmen. Somit sollte eine gerechte Prüfungsabnahme, die die Interessen der Studierenden in den Vordergrund rückt, der Maßstab sein, anstatt darauf hinzuwirken, Prüfungen in möglichst „normaler“ Form nur unter Hinzunahme von Abstandsregeln durchzuführen. Auch wir versuchen optimistisch auf die vor uns liegenden Semester zu schauen, leider fällt es uns jedoch schwer, Möglichkeiten zu erkennen, wie wir von den neuen „digitalen Wegen in der Hochschulbildung“ profitieren können, solange viele unserer Kommiliton\*innen sich in finanziellen Notlagen befinden und die stete Unsicherheit unseren Alltag bestimmt.

Wir würden uns daher sehr freuen, wenn Sie unsere geäußerten Anliegen beantworten und sich für unsere Belange einsetzen. Dafür stehen wir selbstverständlich jederzeit für einen konstruktiven und engen Austausch zur Verfügung. Sollte dies gelingen, sind auch wir zuversichtlich und motiviert, das Beste aus den gegebenen Umständen zu machen.